



2 Im Gespräch mit der Bevölkerung
Fokusgruppen-Analyse der SBVg

2 Bericht aus der Kommission für Finanzmarktregulierung und Rechnungslegung
Interview mit Ralph Odermatt

3 FATCA
Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch US-Steuerpflichtige

3/4/5 Pinboard
Aktuelle Themen im Überblick

4 Das Interview
Urs Ph. Roth, abtretender CEO der SBVg

6 Gastbeitrag von Michael Ambühl
Nicht mehr nur national:
Finanzfragen und Finanzmarktpolitik

7 Auf dem Prüfstand
Kommunikation der SBVg unter die Lupe genommen

Editorial

Mesdames, Messieurs, Chères et chers collègues,

Au cours des dernières semaines, vous avez reçu une brochure décrivant en des termes simples la stratégie pour la place financière à l'horizon 2015. Cette publication est l'aboutissement d'un processus de longue haleine qui a porté ses fruits. Les éléments de la stratégie à l'étranger en ce qui concerne les activités de gestion de fortune font couler beaucoup d'encre dans les médias, reléguant au second plan nos opinions portant sur le segment suisse, pourtant tout aussi important. En lisant la brochure, vous constaterez que nous avons des idées précises quant à la manière de générer de la croissance et de la prospérité à l'avenir. A cet égard, les maîtres-mots sont: suppression du droit de timbre, encouragement à la propriété du logement et prévention d'une réglementation pléthorique dans le segment suisse, découlant d'une réglementation plus stricte des banques revêtant une importance systémique.

Dans la présente édition d'insight, vous pourrez constater, à travers les nombreux articles sur les mesures de communication, que nous avons développé nos activités dans ce domaine en particulier. Nous sommes notamment de plus en plus actifs à l'étranger. Quant aux utilisateurs qui privilégient les «médias sociaux» comme sources d'informations, ils peuvent désormais *twitter* avec nous depuis quelques semaines, sous SwissBankingSBA. Nous espérons que les commentaires de nos abonnés seront très nombreux.



Patrick Odier, Président

Bankiervereinigung im Gespräch mit der Bevölkerung

Seitens der SBVg durchgeführte Fokusgruppen zeigen: Die Schweizer Bevölkerung lehnt den automatischen Informationsaustausch ab und begrüsst die Einführung einer Abgeltungssteuer. Entscheidend für diese einhellige Meinung – jenseits von parteipolitischen Präferenzen, Alter oder Wohnort – ist die Tatsache, dass mit einer Abgeltungssteuer sowohl der Privatsphäre als auch der Steuerehrlichkeit Rechnung getragen werden kann.

Im vergangenen Jahr hat die SBVg in Zusammenarbeit mit der TransferPlus AG erstmals Fokusgruppen – ein Tool der qualitativen Sozialforschung – genutzt. Mit Gruppen von rund 10 Personen diskutierte ein erfahrener Moderator aktuelle Themen des Finanzplatzes Schweiz. Insgesamt sechs Gruppendiskussionen wurden im April, August und Oktober 2009 in Zürich und Langenthal (BE) durchgeführt. Die Fokusgruppen stellen für die SBVg eine qualitative Ergänzung der bestehenden quantitativen Erhebungen durch

die M.I.S. Trend SA dar, da nicht «nur» Meinungen abgebildet, sondern vor allem auch die Deutungsstrukturen der Teilnehmer, die den Meinungen zugrunde liegen, erfasst werden.

Nebst der Erkenntnis, dass profundes Wissen über die Grosswetterlage des Finanzplatzes bei der Bevölkerung vorhanden ist, interessierten in erster Linie die Werte, welche mit den Zukunftsoptionen des Schweizer Finanzplatzes verbunden werden. Hierbei kristallisierte sich heraus, dass Werte wie Privatsphäre und Steuerehrlichkeit für die Meinungsbildung zentral sind, während volkswirtschaftliche Kriterien erst in zweiter Instanz von Bedeutung sind.

Die gewonnenen Erkenntnisse werden nicht nur für die Abstimmung der Kommunikationsinhalte und -massnahmen der SBVg genutzt. Sie stellen auch im Austausch mit Parlamentariern und Mitarbeitern der Verwaltung eine wertvolle Informationsgrundlage dar.

Für das Jahr 2010 geplante Diskussionsrunden in Bern und Zürich werden zeigen, ob in den letzten Monaten sowohl auf inhaltlicher Ebene als auch im Tonfall Änderungen zu verzeichnen sind.

janick.tagmann@sba.ch

Bericht aus den Kommissionen

Kommission für Finanzmarktregulierung und Rechnungslegung (KFR) Interview mit Ralph Odermatt, Managing Director, UBS AG (Zürich)

Welches waren in den letzten Monaten die Schwergewichte der Tätigkeit der Kommission?

Im Bereich der Bankenregulierung war die kürzliche Stellungnahme zum Konsultativdokument «Strengthening the resilience of the banking sector» des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht von grosser Bedeutung. Grundsätzlich unterstützt die SBVg die Bestrebungen der Regulatoren, Verbesserungen im Bereich der Eigenmittelunterlegung und Liquiditätserfordernisse vorzunehmen. Wichtig ist jedoch eine einheitliche und weltweit konsistente Umsetzung (Level Playing Field). Die Auswirkungen der vorgeschlagenen Massnahmen müssen sorgfältig beurteilt und die kumulativen Effekte, inklusive der Auswirkungen auf die Realwirtschaft, in der definitiven Ausgestaltung berücksichtigt werden.

Auch Entwicklungen in der Rechnungslegung werden regelmässig in der KFR behandelt. So hat die Kommission beispielsweise zur Anhörung von SIX Exchange Regulation zur «Änderung Richtlinie betreffend Rechnungslegung» Stellung genommen und sich dafür engagiert, dass im Domestic Standard weiterhin die Rechnungslegungsvorschriften der FINMA (FINMA-RS 08/2) verwendet werden können.

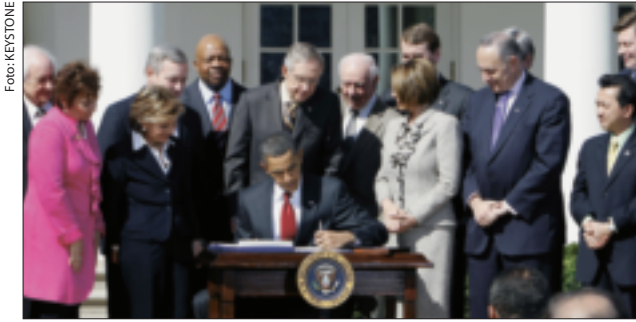
Worin sehen Sie die Prioritäten und Herausforderungen der Kommission für die kommende Zeit?

Die aktuelle Regulierungswelle und deren konkrete Umsetzung in der Schweiz wird sicherlich eine gewaltige Herausforderung darstellen. Die KFR verfolgt und begleitet die entsprechenden Entwicklungen weiterhin mit hoher Intensität.

Im Bereich der internationalen Rechnungslegung sind ebenfalls massive Veränderungen zu erwarten, die für Banken relevante Rechnungslegungsstandards betreffen, wie zum Beispiel IAS 39 (Finanzinstrumente). Die KFR macht sich auch Überlegungen zur Zukunft der schweizerischen Rechnungslegungsvorschriften, die voraussichtlich nach Abschluss der Aktienrechtsrevision aktuell werden. Da die Finanzberichterstattung häufig Ausgangspunkt für regulatorische Erfordernisse darstellt, ist eine integrierte Betrachtung wichtig.

Welches waren bisher Ihre persönlichen Highlights der Kommissionsarbeit?

Der offene und konstruktive Austausch unter den verschiedenen Bankengruppen und Banken ist für mich immer wieder sehr bereichernd. Ich finde es jeweils spannend, Themen aus verschiedensten Perspektiven zu beleuchten und tragbare Lösungen zu erarbeiten.



US Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

Am 18. März 2010 hat Präsident Obama ein Gesetz verabschiedet, das Steuerhinterziehung durch US-Steuerpflichtige mit Konten im Ausland bekämpfen soll. Seine Bestimmungen ergänzen das bisherige Qualified Intermediary (QI) System und betreffen sämtliche Nicht-US-Finanzinstitute (foreign financial institutions – FFI). Während weltweit ungefähr 6 000 Finanzinstitute QI-Abkommen eingegangen, soll FATCA für 50 000 bis 200 000 FFI gelten.

Die detaillierten Ausführungsbestimmungen werden derzeit durch das US-Finanzministerium erarbeitet. Wichtige Einzelregelungen sind deshalb noch offen. Die wesentlichen Elemente sind dennoch klar:

- Eine Quellensteuer von 30% auf Erträge und Kapitalgewinne aus US-Wertpapieren wird eingeführt. Die Steuer lässt sich durch Einhaltung eines Vertrags zwischen den FFI und den US-Steuerbehörden vermeiden.
- Ein FFI verpflichtet sich, US-Steuerpflichtige (inklusive «US persons», die sich hinter einer Gesellschaft «verbergen») offenzulegen.
- Die Begriffe «US persons» und «FFI» sind eher weit gefasst und dürften u.a. auch für Vermögensverwaltungsgesellschaften und kollektive Kapitalanlagen gelten.
- Ein FFI muss weitreichende Identifizierungs- und Verifizierungsregelungen erfüllen.
- Bestehende Spezialregeln betreffend US-Eurobonds in Inhaberform werden widerrufen.
- Auf wirtschaftlichen Ersatzzahlungen von US-Dividenden (insbesondere equity swaps) wird eine Quellensteuer erhoben.
- US persons müssen ausländische Konto-/Depotbeziehungen und Investments zusätzlich melden.
- FATCA ist ab 1. Januar 2013 wirksam.

Die SBVg beteiligt sich am Lobbying zu FATCA in einer gemeinsamen Initiative des Europäischen Bankenverbands und des Institute of International Bankers (der Interessenvertretung ausländischer Banken in den USA).

Die SBVg wird am 30. Juni in Genf und am 8. Juli 2010 in Zürich jeweils ein Informationsseminar zu FATCA durchführen.

heinrich.siegmann@sba.ch

Pinboard

Rechtshilfe in Strafsachen

Die Anpassung der Doppelbesteuerungsabkommen an den Standard von Art. 26 des Musterabkommens der OECD (Amtshilfe bei Steuerbetrug und Steuerhinterziehung) hat auf der politischen Ebene die Frage aufkommen lassen, ob auch die Rechtshilfeabkommen und das Bundesgesetz über die Rechtshilfe in Strafsachen entsprechend geändert werden sollten. Diese sehen derzeit keine Gewährung von Rechtshilfe bei blosser Steuerhinterziehung vor. Bevor man eine solche Angleichung ins Auge fasst, muss in Erinnerung gerufen werden, dass es eine ganze Anzahl von Unterschieden zwischen der Amtshilfe und der Rechtshilfe in Strafsachen gibt. So ist spontane Rechtshilfe möglich und gesetzlich vorgesehen, so dürfen ausländische Beamte an Beweisaufnahmen in der Schweiz teilnehmen, so ist es möglich, dass auch in Strafverfahren gegen Unbekannt um Rechtshilfe ersucht wird, etc. Dies zeigt, dass – wenn überhaupt – bei der Rechtshilfe in Strafsachen differenziert vorgegangen werden sollte, wenn man die Rechtshilfe bei Fiskaldelikten erweitern will. Bei bilateralen Verträgen darf überdies durchaus in Erwägung gezogen werden, inwieweit schweizerischen Instituten im jeweiligen Land der Marktzugang gewährt wird.

renate.schwob@sba.ch

GIPS 2010

La révision des «Global Performance Investment Standards» (GIPS) est désormais achevée.

Les standards révisés, GIPS 2010, ont été publiés récemment et entreront en vigueur début 2011. En juin 2009, l'ASB s'était prononcée en détail sur les propositions de révision (www.swissbanking.org, Consultations).

Les GIPS 2010 sont des normes actualisées qui tiennent compte des évolutions sur les marchés financiers. Elles fournissent un excellent exemple d'autoréglementation applicable à l'échelon international. Vous trouverez la version révisée ainsi que des informations complémentaires à l'adresse www.gipsstandards.org ainsi que sur le site www.gipsstandards.ch.

L'ASB continue de s'engager activement en faveur du développement et de la diffusion des GIPS. En plus du séminaire de base qui s'est tenu en octobre 2009, nous avons organisé deux apéritifs GIPS pour présenter les nouveautés GIPS 2010 (www.gipsstandards.ch, Présentations). Pour les établissements qui appliquent les standards GIPS, il sera également possible à l'avenir d'utiliser le logo des GIPS. Les conditions et les détails correspondants sont régis par les nouvelles directives «Logo Usage Guidelines» (www.gipsstandards.org).

markus.staub@sba.ch

Sondage d'opinion sur le thème «Place financière»

Le sondage d'opinion représentatif réalisé chaque année depuis 1995 révèle que l'adhésion de la population au secret professionnel du banquier reste élevée et que l'attachement à la protection de la sphère privée demeure intact. 89% des sondé(e)s estiment que les données bancaires doivent être protégées vis-à-vis de tiers. Le secret professionnel du banquier est également solidement ancré, avec 73% des personnes interrogées qui lui sont favorables. Elles sont en outre 70% à rejeter l'idée d'un échange automatique de renseignements avec les autorités fiscales étrangères. Le degré de satisfaction des sondé(e)s à l'égard de leur propre banque demeure lui aussi très élevé: 87% considèrent que le travail fourni par leur banque principale est positif voire très positif et près de trois-quarts des personnes interrogées estiment pouvoir avoir confiance en cette dernière. Les personnes interrogées se disent optimistes quant à la situation économique globale et à la compétitivité internationale de la place financière suisse. Grâce à son service à la clientèle, sa stabilité ainsi que son offre en matière de formation, la Suisse dispose d'avantages essentiels.

michael.waldburger@sba.ch

Interview



Interview with Urs Ph. Roth

After a long career at UBS, **Urs Ph. Roth** was appointed CEO of the Swiss Bankers Association in November 2000 and took up the position in March 2001. He will be retiring from the post on Swiss Bankers Day on 16 September this year, and in this interview with insight he talks about his experiences during nearly a decade in office.

What have been the highlights during your term in office as CEO of the Swiss Bankers Association?

It's really been an extraordinary decade. When I started as CEO the SBA was dealing with the final phases of the dormant accounts issue which had dominated its work during the latter part of the 1990s. However, new issues were soon filling my in-tray. Following the 9/11 terrorist attacks I remember endlessly explaining to the world's media that our bank-client confidentiality was no obstacle whatsoever to tracing and freezing terrorist-linked funds, and this fact was acknowledged publicly by the then US Attorney-General. I also think back to the complicated Bilateral II negotiations with the EU and our desire to protect financial privacy in those dossiers that touched

on our banking industry, such as the taxation of savings and the fight against customs fraud. I'm also pleased with the way the SBA has been able to substantially step up its international lobbying activities with delegations regularly visiting Washington, New York, Brussels, Paris, Berlin and, more recently, Beijing, Shanghai, Mumbai and Dubai for talks with government and regulatory officials. There's also been a wide range of technical issues to deal with, such as the Swiss implementation of Basel II, the Collective Investment Act and our desire to secure a level playing field for hedge funds and private equity in Switzerland. Switzerland also further enhanced its anti-money laundering measures and has kept up with standards set by such international bodies such as the OECD and FATF. We've also kept a close watch and commented on regulatory projects of prime concern to our domestic banks in areas such as depositor protection, remuneration systems and accounting standards and we've continued to issue a wide range of self-regulation. I believe we've also been able to substantially improve our working relationship and dialogue with the federal administration in Bern and our regulatory authorities. The launch of the Swiss Finance Institute in 2006 and the publication of the Swiss Financial Sector Masterplan in 2007 were also important milestones, and I think that with the stepped up activities of the Swiss Bankers Club we've also been able to create more added value for the SBA's individual members. That's a sample of some of the past decade's work, but it's really just the tip of the iceberg!



Pinboard Fortsetzung

Informations pays

Compte tenu des tendances plus protectionnistes des Etats fortement endettés, les activités bancaires transfrontalières avec la clientèle privée sont de plus en plus risquées du fait du droit étranger. Aussi la FINMA a-t-elle lancé un projet dont l'objectif est d'expliquer et de déterminer les risques juridiques inhérents aux activités transfrontalières avec la clientèle privée. Si, pour l'heure, on ne connaît pas encore les mesures prévues par la FINMA suivant les résultats, force est toutefois de constater que ces risques doivent être identifiés, limités et surveillés, et que les banques exerçant des activités transfrontalières avec les clients privés doivent tenir compte des risques juridiques recelés par ce type d'activités dans leur politique de gestion du risque. Afin de soutenir les banques dans leurs démarches, l'ASB a également lancé un projet visant à mettre à disposition, sur une plateforme dédiée, des informations spécifiques sur les activités autorisées et non autorisées de 30 pays et à permettre aux banques de s'abonner aux informations relatives aux pays qui les intéressent. Le projet comprend également des mises à jour régulières et des réponses aux questions spécifiques.

renate.schwob@sba.ch

Spring lobbying in Brussels

An eight-member delegation headed by SBA Chairman Patrick Odier made a lobbying trip to Brussels in April for talks with senior EU officials and Swiss diplomats. The two-day programme included meetings with European Commission Vice-President Viviane Reding; Tax Commissioner Algirdas Šemeta; David Wright, Deputy Director-General for the Internal Market and Services; and Michelle Sutton, a member of President Barroso's cabinet. In addition, the delegation benefited from briefings and discussions with two of Switzerland's most experienced diplomats: Ambassador Jacques de Watteville, Head of the Swiss Mission to the EU, and Jean-Jacques de Dardel, Switzerland's ambassador to Belgium. European Commission officials briefed the SBA delegation on their current work in areas such as the Directive on Alternative Investment Fund Managers, the Capital Requirements Directive, the EU's new financial supervisory architecture, the regulation of central counterparty clearing houses as well as their more general work to improve crisis management and corporate governance. The SBA delegation used every opportunity to explain and justify Switzerland's resistance to any system of automatic information exchange with regard to bank client data and also explained in detail Switzerland's offer

to introduce a comprehensive flatrate withholding tax on capital income received by EU citizens via their Swiss bank accounts.

james.nason@sba.ch

Steuerhinterziehung als Vortat zur Geldwäscherei

Mit der einhergehenden Steuerdebatte im internationalen Gefilde, ein Ausfluss aus der Finanzkrise, wurde die FATF durch die G20 beauftragt, Steuerdelikte als Vortat zur Geldwäscherei zu prüfen. Die FATF ihrerseits wird diesen Auftrag in der 4. Evaluationsrunde, die zurzeit vorbereitet wird und ab 2011 bereits umgesetzt werden soll, ausführen. Was dabei bereits als sicher angenommen werden kann, ist, dass «Tax Crimes» als Vortaten definiert werden. Dabei zeichnet sich ab, dass ein gewisser Handlungsspielraum bestehen bleibt. Jedes Land soll selber bestimmen können, was als «Tax Crimes» und damit als Vortat zu gelten hat resp. welche Qualifikationsmerkmale erfüllt sein müssen. Es stellt sich damit die Frage, wie diese Vorgabe national umgesetzt werden soll. Bis anhin gilt in der Schweiz als Vortat, was von einem Verbrechen herrührt (Art. 9 Abs. 1 lit. a Ziff. 2 GwG). Bei den indirekten Steuern ist mit dem qualifizierten Abgabebetrug (Art. 14 Abs. 4 VStrR) bereits ein Tatbestand definiert worden, der als Verbrechen

What changes have you seen in the image of Swiss banking held abroad during your time in office?

The image of Swiss banks had undoubtedly been bruised by the dormant accounts problem of the 1990s. Over the past decade, however, Switzerland has shown itself to be a reliable partner in the fight against money laundering and the financing of terrorism and it's very satisfying to see international organisations and other countries designing their know-your-customer rules and anti-money laundering measures around the Swiss model. At popular street level the old James Bond image of Swiss banks unfortunately still holds sway in many quarters, but I think an increasing number of foreign industry professionals do appreciate what Switzerland has achieved and actually practises on the due diligence front. I also detect a sneaky respect for the way Swiss banking and the Swiss economy have been navigating their ways through the financial crisis with relatively little blood spilt when compared with what's happened in many other countries.

How confident are you about the future of Switzerland as a successful international financial centre?

I'm very confident for several reasons. Firstly, if you cut through all the media froth and politically-motivated attacks that are focused on the single issue of bank-client confidentiality you'll see that the underlying strengths of our financial centre are all still firmly in place. I'm talking about Switzerland's political, economic, social, monetary, legal and fiscal stability; the professional savoir faire of

our highly-educated banking workforce; our state-of-the-art financial infrastructure; our safe and efficient payments system; our conservative monetary and fiscal policies; our high rate of personal saving and capital surplus and the heterogeneity of our banking sector. Secondly, during my term in office I've received delegations from all over the world all seeking to discover the secret behind Switzerland's success as an international financial centre and actually we've not spent much time discussing bank-client confidentiality. The questions are always along the lines of "How do you train your bankers?"

What tips would you give your successor?

I don't think a departing CEO should leave an envelope on his desk full of tips for his successor, unless of course asked. It's now for the new CEO to stamp his or her style on the association and lead it forward into a successful future. What matters most is consensus building among the various banking groups when defining the SBA's positions. We are only strong and credible if we speak with one voice. I can, however, certainly assure my successor that he or she can rely on a very experienced, highly-motivated and hard-working team of colleagues at the SBA's headquarters.

What are you going to do in the future?

First of all I'm going to take a few months off for my first sabbatical after some 40 years of professional life. This will also involve hard work, but more physical than intellectual and it will have nothing to do with banking. Think wine! This will give me the opportunity to take stock and consider all the opportunities available before making a decision about my future activities. I certainly consider myself lucky to be retiring in good health and full of energy to take on some new challenges.

im Sinne des StGB zu qualifizieren ist und damit schon heute als Vortat zur Geldwäscherei gilt. Bei den direkten Steuern unterscheidet das Steuerstrafrecht jedoch nur zwischen Steuerhinterziehung (Art. 175 ff. DBG) und Steuerbetrug (Art. 186 ff. DBG). Beide Tatbestände sind keine Vortaten zur Geldwäscherei. Um auch hier unter Perzeption und Druck internationaler Umsetzungen eine Vortat zu schaffen, wären entweder neu qualifizierte Tatbestände zu bestimmen oder aber Art. 9 GwG müsste entsprechend ergänzt werden. Wo dabei die Grenzen zu setzen sind und wie unser nationales System gewahrt werden soll, wird auf nationaler Ebene noch etliche Debatten auslösen.
pascal.baumgartner@sba.ch

Berlin: Lobbying für die Finanzplatzstrategie 2015

Mitte Mai bot sich bei einem zweitägigen Lobbying-Besuch in Berlin die Gelegenheit, den Behörden, Politikern und Medien in der Bundeshauptstadt die neue Finanzplatzstrategie 2015 vorzustellen. Begonnen hat der Veranstaltungsreigen mit einem Informationsseminar für Mitarbeitende von Parlamentariern zum Thema «Regulierung und Aufsicht». Bevor Professor Peter Kugler sein Referat zum Thema hielt, konnte Urs Roth den rund 20 Teilnehmern die Grund-

züge der Finanzplatzstrategie 2015 darlegen. Die zahlreichen Fragen zeigten, dass die Neuausrichtung noch nicht überall in Deutschland bekannt ist. In zwei Tagen konnten in vielen Einzelgesprächen mit Finanzpolitikern und bei einem Arbeitsfrühstück der deutsch-schweizerischen Parlamentariergruppe mit 8 interessierten und bedeutenden Politikern die neue Strategie diskutiert und einige Vorurteile ausgeräumt werden. Die Delegation der SBVg machte dabei klar, dass die Schweiz nicht bloss etwas geben wird, sondern in Form eines besseren Marktzugangs auch Anliegen hat. Das Interesse an der Finanzplatzstrategie 2015 war gross und alle Politiker zeigten sich erfreut, dass sich der Schweizer Finanzplatz auf versteuerte Gelder fokussiert.
thomas.sutter@sba.ch

Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Deutschland

Nach dem Entscheid des Bundesrates vom 13. März 2009, den Vorbehalt der Schweiz hinsichtlich des Informationsaustausches nach dem OECD-Musterabkommen zurückzuziehen, nahmen die Schweiz und Deutschland Kontakt auf, um die Möglichkeit der Ergänzung des gemeinsamen DBAs mit einer entsprechenden Bestimmung abzuklären.

Im Sinne der von der SBVg formulierten Finanzplatzstrategie diskutiert die Schweiz mit Deutschland nicht nur das DBA an sich, sondern auch die folgenden deutsch-schweizerischen Themen im Finanzbereich:

- Die Einführung einer Abgeltungssteuer auf den laufenden Kapitaleinkünften aus Vermögenswerten, die von in Deutschland ansässigen Personen bei Finanzinstituten in der Schweiz angelegt sind
- Die Möglichkeiten der Herbeiführung einer Besteuerung von nicht versteuerten Vermögenswerten, die von in Deutschland ansässigen Personen bei Finanzinstituten in der Schweiz angelegt sind
- Die Erweiterung des Marktzutritts von Schweizer Banken in Deutschland
- Fragen zum Umgang mit dem Kauf von Bankdaten und eine umfassende Information der Schweiz darüber

An ihrem Arbeitstreffen vom 26. März 2010 haben der deutsche und der schweizerische Finanzminister für diese Zwecke eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, noch im Verlauf des Jahres 2010 konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
urs.kapalle@sba.ch



Gastbeitrag von Staatssekretär **Michael Ambühl**, Leiter des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen, Eidgenössisches Finanzdepartement

Nicht mehr nur national: Finanzfragen und Finanzmarktpolitik

«Finanzkrise» war das grosse Stichwort der vergangenen Monate. Sie hatte nicht nur im Finanzsektor selber radikale Änderungen zur Folge, sondern auch in der Politik und nicht zuletzt in der Stimmung in der Bevölkerung. Das ganze Jahr 2009 stand im Zeichen der Schadensbegrenzung, und auch die ersten Monate des laufenden Jahres boten kein wesentlich anderes Bild.

Finanzfragen und Finanzmarktpolitik haben eine grosse internationale Komponente, sowohl zu Hoch-Zeiten als auch in schwierigen Phasen. Die Finanzmarktkrise nahm ihren Ausgang zwar im Wesentlichen in einem einzelnen Land, wurde aber innert kürzester Zeit global und muss nun auch global überwunden werden. Das Gleiche gilt für die gegenwärtige Fiskalkrise, deren Anfang im drohenden Staatsbankrott eines einzelnen Staates liegt, sich aber sehr schnell auf den ganzen Euroraum und weiter an die internationalen Börsen ausbreitete. Finanzpolitik ist zu einem Schwerpunkt der Aussenpolitik geworden, teils durch die gegenwärtige Krise bedingt, teils aber auch aus anderen Gründen. Bei fast allen Gesprächen mit unseren Nachbarstaaten und Partnern stehen finanzpolitische Fragen ganz oben auf der Traktandenliste.

Unter anderem dieser internationalen Komponente hat der Bundesrat mit dem neuen Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF Rechnung getragen. Unsere Aufgabe ist es, die bundesrätliche Finanzmarktstrategie umzusetzen und bei der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen, mit denen sich die Finanzpolitik konfrontiert sieht, ein koordiniertes Vorgehen sicherzustellen – insbesondere auf dem internationalen Parkett, das heisst gegenüber unseren Nachbarstaaten, den anderen wichtigen Partnern und in den multilateralen Finanzgremien.

Die Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sehen und die noch auf uns zukommen werden, sind anspruchsvoll. Aber wir freuen uns darauf, sie gemeinsam mit Ihnen anzupacken und tragfähige, langfristig stabilisierende Lösungen zu erarbeiten.

Die neue Social-Media-Strategie der SBVg

«Social Media» wie Blogs, Twitter und Facebook, um nur einige der an der Zahl stetig wachsenden zu nennen, erlebten in den letzten Jahren einen exorbitanten Boom. Allein die Internetplattform Twitter konnte ihre Mitgliederzahl um sagenhafte 2000% steigern.

Allgemein ist die Tendenz erkennbar, dass die Kommunikation rund um die sozialen Netzwerke stark an Bedeutung gewinnt. Die SBVg hat folglich die naheliegende Entscheidung getroffen, ihre Präsenz in den «Social Media» auszubauen und ihr Profil zu schärfen. Die SBVg verfolgt dabei eine dreischichtige Strategie: Erstens wird der rege Daten- und Meinungsverkehr in Online-Medien, in Foren sowie in ausgewählten Blogs überwacht. Somit kann schnell und gezielt auf Entwicklungen, die reputationsschädigend auf den Finanzplatz wirken, Einfluss genommen werden. Um Fehlinformationen zu vermeiden und falsche Anschuldigungen zu bekämpfen, hat die SBVg auf ihrer Webseite zudem die Rubrik «Facts & Fiction» eingerichtet. Mit diesem Instrument wird falsche Berichterstattung widerlegt, dadurch Einfluss auf die Meinungsbildung genommen und zugleich eine zentrale Referenzdatenbank geschaffen. Drittens hat die SBVg unter dem Namen «SwissBankingSBA» ein Twitter-Konto eingerichtet. Darüber werden Stellungnahmen, Interviews und Fakten über den Finanzplatz sowie seine Konkurrenten vertrieben, um dem Schweizer Finanzplatz auch in diesem rasant wachsenden Medium ein Gesicht zu verleihen und Gehör zu verschaffen.

Die SBVg hofft, Sie alle bald als «follower» auf Twitter willkommen zu heissen, um fortan auch über diesen weiteren Kanal mit Ihnen kommunizieren zu können. Benutzen Sie den Link auf www.swissbanking.org, um sich zu registrieren.

michael.waldburger@sba.ch



Kommunikation auf dem Prüfstand

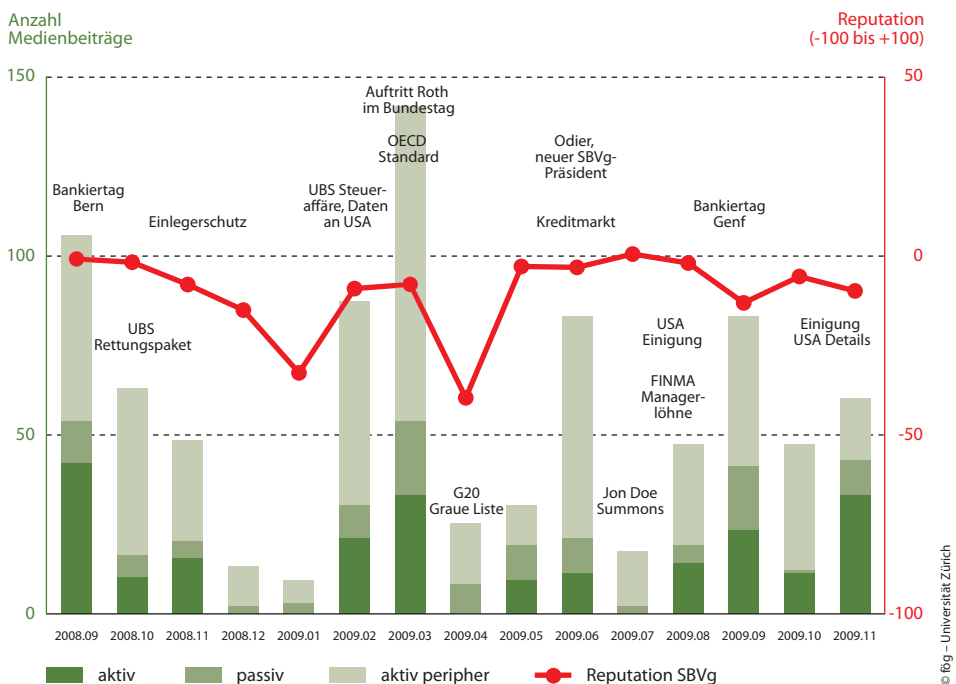
Im März diskutierte der Verwaltungsrat die Ergebnisse einer breit angelegten Umfrage zur Kommunikation der Bankiervereinigung im vergangenen Jahr. Dynamics Group, eine unabhängige Kommunikationsagentur, beleuchtete die Reputation der SBVg in den Medien, das Lobbying in Bern und die interne Kommunikation mit den Mitgliedsinstituten. Gestützt auf Einzelinterviews mit hohen Finanzplatzvertretern und detaillierte Studien wurden folgende Schlüsse gezogen:

In der Schweiz ist die SBVg gut aufgestellt. Selbstverständlich kann man sich in einer Krise einer allgemein kritischeren Beurteilung nicht entziehen. In einer solchen Phase ist ein einheitlicher Auftritt des Sektors, eine «one-voice-policy», entscheidend. Hier sahen die Meinungsforscher Nachholbedarf. Eine weiter ausgebaut interne Kommunikation und eine Klärung der strategischen Positionen hat zu einer Verbesserung geführt. Im internationalen Umfeld sei die Bankiervereinigung sowohl im Medien- wie auch im Public-Affairs-Bereich zu wenig präsent. Der VR entschied deshalb, Publicis Consultants, einer weltweit tätigen Kommunikationsberatungsfirma mit Sitz in Paris, ein Mandat für Frankreich, Italien und England zu erteilen. Weiter erhielt Publicis den Auftrag, zusammen mit der Geschäftsstelle bei den sogenannten «Social Media» – Stichwort: Twitter, Facebook, etc. – aktiver zu werden. Auch dieser Bereich wurde in der Zwischenzeit markant erweitert: mit der Präsenz in Twitter (SwissBankingSBA), einem gezielten Monitoring von ausgewählten Blogs und Online-Ausgaben wichtiger Medien sowie dem Ausbau der SBVg-Website www.swissbanking.org.

Nachholbedarf zeigte sich beim allgemeinen Image des Finanzsektors in einer breiteren Öffentlichkeit der Schweiz. Publicis Schweiz legte dem VR deshalb erste Überlegungen für eine Werbekampagne in unserem Land vor, welche nun weiter entwickelt werden.
jean-marc.felix@sba.ch

SBVg Reputation- und Resonanzverlauf nach Ereignissen

Mediensample Finanzplatz Schweiz (09/2009 bis 11/2009)



Die Abbildung visualisiert die Thematisierung der SBVg durch die Medien in den einzelnen Untersuchungsmonaten. Die Säulen veranschaulichen, ob die SBVg vor allem aktiv Themen lanciert (dunkelgrün), ob sie auf Thematisierungen passiv reagiert (grün) oder aber ob sie lediglich Objekt der Berichterstattung ist (hellgrün). Die rote Kurve zeigt den jeweiligen Reputationswert der SBVg in diesem Monat an. Er kann maximal die Werte -100 bis +100 annehmen. Ein Wert von +100 bedeutet, dass der einzelne Akteur resp. das Issue im jeweiligen Zeitraum ausschliesslich positive Bewertungen erfahren hat. Umgekehrt bedeutet ein Wert von -100, dass ausschliesslich negativ bewertet wurde. Zentrale Kommunikationsinputs (Pressemitteilungen) durch die SBVg sind in der Grafik vermerkt.



«... car nous nous concentrons sur la collecte et la gestion d'avoirs assujettis à l'impôt. Or il y a un avenir pour ces fonds et je dirais même que c'est l'avenir. A mesure que les fonds non déclarés au fisc seront soumis à une pression grandissante dans le monde.»

Urs Ph. Roth, *AGEFI*, 4. 3. 2010

“We wonder if U.S. legislators have really thought through the long-term implications for the U.S. economy of this latest effort (the Foreign Account Tax Compliance Act) to export enforcement of their tax laws.”

James Nason, *Wall Street Journal*, 18. 3. 2010

“We find it interesting that the U.S. shares our enthusiasm for withholding taxes. Switzerland has over 60 years experience with withholding taxes and we have always said they are a very efficient and effective way of discouraging tax evasion and promoting taxpayer honesty.”

James Nason, *Swissinfo*, 19. 3. 2010

«Hierzulande ist die Aufregung immer gross, wenn ein- zweimal etwas Negatives in der «New York Times» steht. Aber in den USA ist die Schweiz schlicht kein so grosses Thema wie wir glauben.»

Jean-Marc Felix, *Der Landbote*, 27. 3. 2010

«Unsere Grossbanken müssen konkurrenzfähig bleiben.»

Thomas Sutter, *St. Galler Tagblatt*, 23. 4. 2010

«Die Schweiz will keinen automatischen Informationsaustausch. Die Abgeltungssteuer ist eine gleichwertige Lösung – und die Länder erhalten so erst noch mehr Geld.»

Patrick Odier, *Sonntag*, 25. 4. 2010

«Rubik réglerait le cas des nouveaux clients étrangers désireux de déposer leur argent en Suisse. Mais il reste à régler le cas de ceux qui disposent déjà de comptes dans des banques helvétiques et qui voudraient régulariser leur situation.»

Thomas Sutter, *24 Heures*, 27. 4. 2010

Aktuelle Interviews und Stellungnahmen im Info Corner (www.sbvug.ch).

- 29. März 2010
Treffen mit Treuhand-Kammer, Zürich
- 12./13. April 2010
Visite de lobbying à Bruxelles
- 13. April 2010
Apéritif GIPS – Global Investment Performance Standards, Genève
- 15. April 2010
OECD Financial Roundtable, Paris
- 15. April 2010
Apéritif GIPS – Global Investment Performance Standards, Zürich
- 15./16. April 2010
Lobbyingreise nach Madrid
- 20. April 2010
SBC mit Andreas Schönenberger, Country Manager Google Schweiz, Zürich
- 20./21. April 2010
2nd Withholding Tax on US-sourced Income Congress, London
- 21. April 2010
SBC mit Patrick Odier, Präsident SBVg, Basel
- 28. April 2010
SBC avec Jean-Claude Biver, CEO Hublot SA, Genève
- 4. Mai 2010
SBC mit Miriam Blocher, CEO Lächerli Huus, Basel
- 4. Mai 2010
SBC Besichtigung Radio 1, Zürich
- 5. Mai 2010
Forum SRO-GwG, Luzern
- 5./6. Mai 2010
Fünf-Länder-Treffen, Vaduz
- 9.–16. Mai 2010
Arbeitsreise des wirtschafts- und währungs-politischen Arbeitskreises, Brasilien
- 17./18. Mai 2010
Lobbyingreise nach Berlin
- 18./19. Mai 2010
Meeting der IBFed Macroprudential Supervision Working Group und Treffen mit dem Financial Stability Board (FSB), Basel
- 19. Mai 2010
Treffen mit Aufsichtskommission VSB, Bern
- 1./2. Juni 2010
Parlamentarier-Treffen mit Urs Ph. Roth, Bern
- 3. Juni 2010
Seminar «Effektenhandel», Zürich
- 4./11./18./25. Juni 2010
Forum VSB, Zürich
- 7./8. Juni 2010
Journalistenseminar, Bern
- 16. Juni 2010
Parlamentarier-Anlass Fun, Food & Politics, Bern
- 17. Juni 2010
SBC mit Michael Mack, CEO Syngenta International, Zürich
- 18. Juni 2010
City-Swiss Roundtable, London
- 21.–25. Juni 2010
Lobbyingreise in die USA, New York und Washington
- 30. Juni 2010
Forum SRO-GwG, Zug

Neue Mitarbeitende in der Geschäftsstelle

- **Nathalie Dalcher**, Telefonistin, Controlling & Logistik, seit April 2010
- **Corinne Moser**, Interne Kommunikation und Publikationen, Kommunikation, seit Mai 2010

Vernehmlassungen (Detaillierte Liste im e-Paper unter www.sbv.g.ch)

- | | | |
|---|---|---|
| <p>EFV Änderung des Bundesgesetzes über die Börse und den Effektenhandel (Börsendelikte und Marktmissbrauch).
Eingereicht am 29. 4. 2010.</p> <p>EstV Anhörungsverfahren zur Verordnung über den Vollzug der Amtshilfe nach Doppelbesteuerungsabkommen und dem zugehörigen erläuternden Bericht.
Eingereicht am 28. 4. 2009.</p> <p>AFC Rapport sur la conclusion d'un protocole modifiant la Convention entre la Suisse et le Kazakhstan en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune.
Soumis le 19. 4. 2010.</p> <p>AFC Rapport sur la conclusion d'une Convention entre la Suisse et la Turquie en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu.
Soumis le 19. 4. 2010.</p> <p>EDA Entwurf zum Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (E-RuVG).
Eingereicht am 15. 4. 2010.</p> | <p>BIZ Consultative Proposals of December 2009.
Delivered on 16. 4. 2010.</p> <p>SIX Vernehmlassung zur Revision von Artikel 56 des Kotierungsreglements: Offenlegung von Management-Transaktionen.
Eingereicht am 13. 4. 2010.</p> <p>EVD BBT Anhörung zur Änderung der Verordnung des EVD über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen.
Eingereicht am 31. 3. 2010.</p> <p>AFC Rapport sur la conclusion d'une Convention de double imposition entre la Suisse et la Géorgie en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôt sur le revenu et sur la fortune.
Soumis le 26. 3. 2010.</p> <p>EJPD 05.412 Parl. Initiative: Unrechtmässige Verwendung von Vermögenswerten, die durch nicht arglistige Täuschung erlangt wurden.
Eingereicht am 11. 3. 2010.</p> <p>fedpol Erneuerung der Polizeigesetzgebung des Bundes; Bundesgesetz über die polizeilichen Aufgaben des Bundes.
Eingereicht am 22. 3. 2010.</p> | <p>AFC Rapport sur la conclusion d'une Convention de double imposition entre la Confédération suisse et la République du Tadjikistan en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôt sur le revenu et sur la fortune.
Soumis le 8. 3. 2010.</p> <p>AFC Rapport sur la conclusion d'un protocole révisant la Convention de double imposition entre la Confédération suisse et le Japon en matière d'impôts sur le revenu.
Soumis le 8. 3. 2010.</p> |
|---|---|---|